

Mitteilung Nr. MIT-AF 7/2022		
zur Anfrage Nr. nach § 38 GOSTVV der Stadtverordneten der Fraktion vom Thema:	AF- 7/2022 Petra Coordes und Dorothea Fensak GRÜNE PP 26.01.2022 Bericht zur Kindergesundheit im Landesgesundheitsbericht 2019 (GRÜNE PP) - Tischvorlage	
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

I. Die Anfrage lautet:

Der im Jahr 2019 erstellte Landesgesundheitsbericht zeigt eine schwierige Datenlage zum Thema Kindergesundheit in Bremerhaven. Nach Auswertung der Schuleingangsuntersuchungen wurde für den Erhebungszeitraum festgestellt, dass der Anteil übergewichtiger und adipöser Schulanfänger*innen bei 13,8 % lag, 46,2 % der untersuchten Gebisse wurden als behandlungsbedürftig eingestuft und bei 25,5 % der Kinder konnte keinerlei Information über die Inanspruchnahme von Impfungen vorgelegt werden. Angesichts solcher Daten schlägt der Landesgesundheitsbericht vor, Gesundheitsfachkräfte an Schulen einzusetzen. In der Folge kamen diese im Rahmen eines befristeten Modellprojektes an Bremer und Bremerhavener Schulen zum Einsatz.

Wir fragen den Magistrat:

1. Hat es eine Evaluation des Modellprojektes Gesundheitsfachkräfte an Schulen gegeben?
2. Hält der Magistrat nach den Erfahrungen mit dem Projekt den Einsatz von zwei Gesundheitsfachkräften (wie im Projekt vorgesehen) an Bremerhavener Schulen für ausreichend?
3. Wie bewertet der Magistrat die im Landesgesundheitsbericht beschriebenen Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchungen zum Thema Zahngesundheit und welchen Handlungsbedarf leitet er daraus ab?
4. Wie bewertet der Magistrat, dass bei 25,5 % der untersuchten Kinder keine Informationen über die Inanspruchnahme von Impfungen vorgelegt werden konnten und welchen Handlungsbedarf leitet er daraus ab?

Petra Coordes und Dorothea Fensak
und Fraktion DIE GRÜNEN PP

II. Der Magistrat hat am 30.03.2022 beschlossen, die obige Anfrage wie folgt zu beantworten:

Zu Frage 1:

Das Modellprojekt für Gesundheitsfachkräfte an Bremer Schulen wird evaluiert, die Ergebnisse sind aber noch nicht veröffentlicht. Die Ergebnisse sollen im Rahmen des Online-Fachtages „Gesundheitsfachkräfte an Bremer Schulen“ am 31.3.2022 vorgestellt werden.

Zu Frage 2:

Für das Modellprojekt waren zwei Bremerhavener Schulen vorgesehen. Diese Schulen (Lutherschule und Astrid-Lindgren-Schule) werden von einer Gesundheitsfachkraft betreut. Zurzeit prüft das Gesundheitsamt Bremerhaven, ob analog zum Vorgehen in der Stadt Bremen das Projekt auf weitere Bremerhavener Schulen ausgeweitet werden kann.

Zu Frage 3:

Bei der Zahngesundheit von Bremerhavener Erstklässlerinnen und Erstklässler zeigt sich nach wie vor eine enge Korrelation zwischen Gebisszustand und Sozialstatus. Mit höherem Sozialstatus verringert sich das Kariesrisiko der Kinder und die Inanspruchnahme der zahnärztlichen Kontrolluntersuchungen wächst.

Durch den zahnärztlichen Dienst des Gesundheitsamt Bremerhaven werden diesbezüglich umfangreiche Maßnahmen zur Erkennung und Verhütung von Zahnkrankheiten in enger Zusammenarbeit mit der Landesarbeitsgemeinschaft zur Förderung der Jugendzahnpflege im Lande Bremen durchgeführt. Die Schwerpunkte der Tätigkeiten des Gesundheitsamtes sind:

- Untersuchung aller Erstklässler:innen und Viertklässler:innen
- Gruppenprophylaxeunterricht in den ersten und vierten Klassen (zwei Besuche pro Schuljahr)
- In vier jeweils jährlich vom Zahnmedizinischen Dienst des Gesundheitsamtes ausgewählten Schulen mit besonderem Präventionsbedarf erfolgen umfangreichere Maßnahmen (zwei Untersuchungen mit Fluoridierung in allen Klassenverbänden)
- Durchführung einer verpflichtenden Kariesprophylaxe-Fortbildung für Erzieher:innen in städtischen Krippen.
- Bearbeitung von individuellen Anfragen und Unterstützung von Projekten rund um das Thema Zahngesundheit.

Während der aktuellen Coronapandemie kam es allerdings zu erheblichen Einschränkungen der genannten Maßnahmen, die voraussichtlich nach Ostern 2022 wieder aufgenommen werden.

Zu Frage 4:

Das Gesundheitsamt Bremerhaven geht davon aus, dass erstens der hohe Prozentsatz von Kindern in schwierigen Lebenslagen und zweitens der hohe Prozentsatz von zugewanderten Kindern ursächlich dafür sind, dass im Rahmen der Einschulungsuntersuchung von 25,5 % der untersuchten Kinder keine Impfdokumente vorgelegt wurden. Um einen Überblick über den Impfstatus der Kinder, deren Impfdokumente nicht vorgelegt wurden, und die Gründe für die Nichtvorlage zu erhalten, hatte das Gesundheitsamt Bremerhaven in der Vergangenheit Zusatzmittel zur Durchführung eines Projekts beantragt. Dieses Projekt fand allerdings keine Zustimmung.

Ohne Zusatzmittel, d. h. ohne zusätzliche Personalstunden, ist die zeitintensive individuelle Nachverfolgung nicht leistbar.